

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Abberufung ÖBAG Vorstand Schmid

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 53. Sitzung des Nationalrats über Schluss mit den Milliardenausgaben für eine falsche Asyl, Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Österreich und Europa - Österreich braucht jeden Euro für die Opfer des schwarz-grünen Corona-Desasters! – TOP 1

Um Österreich und Europa wieder auf einen Wachstumspfad zu bekommen, müssen die in der Dringlichen Anfrage beschriebenen Milliardenausgaben effizient eingesetzt werden. Dafür braucht es von Experten geprüfte Gesetze, Vertrauen in unsere ausführenden Institutionen und die kompetentesten Personen an den Schaltstellen der Republik. Statt den Menschen dankbar zu sein, die mit ihrer Kooperationsbereitschaft die Basis der erfolgreichen Krisenbewältigung gelegt haben, haben die Regierenden mit ihrer Kleingeistigkeit das Vertrauen, das dieses Land seit 1955 groß, erfolgreich und widerstandsfähig gemacht hat, mit unklaren Regelwerken, wenig vertrauenserweckenden Postenvergaben, bürokratischen Hürden und überzogenen Restriktionen schwer erschüttert. Am allermeisten Vertrauen kostet es, wenn sich die Bürger_innen nicht mehr auf die Institutionen verlassen können, die in dieser Zeit besonders essentiell sind. Während sich die Regierenden 100% auf die Bürger_innen verlassen konnten, konnten viele Bürger_innen nicht auf die Regierung und ihre Institutionen zählen. Ein Paradebeispiel dafür wie Bürger_innen Vertrauen verlieren ist die Besetzung der Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG), die die Aufgabe hat, das Vermögen der Republik, also der Bürger_innen, zu verwalten. Die ÖBAG steuert als unabhängige Holding 11 staatliche Beteiligungen mit einem Gesamtwert von rund 19,38 Milliarden Euro (31.3.2020). Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf dem aktiven Beteiligungsmanagement. Mit dem Ziel: Die Sicherung und Stärkung des Standorts Österreich, um nachhaltige Werte für nächste Generationen zu schaffen. Entsprechend darf nicht mal der Verdacht entstehen, dass die Führungskräfte dieser Institution, diese wichtige Aufgabe nicht wahrnehmen können.

Seit längerem steht Thomas Schmid im Fokus der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA). Bereits Anfang Juni wurde medial aufbereitet wie sich der Fall Thomas Schmid darlegt: Gegen Thomas Schmid, Ex-Generalsekretär im Finanzministerium und nunmehr alleiniger Herr über alle Staatsbeteiligungen der Republik, ermittelt derzeit die Staatsanwaltschaft in der Casinos-Affäre. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) führt - wie im Wochenmagazin Profil ausführlich berichtet (<https://www.profil.at/wirtschaft/der-fall-thomas-schmid-der-kanzler-vertraute-und-das-kokain/400932182> - abgerufen am 16.06.2020) - Thomas Schmid als Beschuldigten im sogenannten Casinos-Komplex. Als einstiger Generalsekretär des Finanzministeriums (zuletzt unter ÖVP-

Ressortchef Hartwig Löger, der auch als Beschuldigter geführt wird) soll er in die Vorgänge rund um die Bestellung des blauen Günstlings Peter Sidlo zum Direktor der Casinos Austria AG involviert gewesen sein. Die WKStA vermutet hier einen „Hintergrund-Deal“ zwischen der früheren FPÖ-Spitze und Novomatic, der Verdacht der Bestechung/Bestechlichkeit (und der Beteiligung daran) steht im Raum.

Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft Wien Ermittlungen eingeleitet, da sich aus der Datenanalyse der im Gefolge von Hausdurchsuchungen seitens der WKStA sichergestellten Chatverläufe Thomas Schmidts konkrete Anhaltspunkte für Tathandlungen nach § 27 SMG ergaben.

Nun wurden weitere Details zu Schmidts Rolle bei Postenvergaben bekannt, die aber - so der Anschein - durch Falschaussagen vertuscht wurden, wie ein aktueller Bericht im Kurier zeigt: <https://kurier.at/wirtschaft/casag-offenbar-ermittlungen-gegen-glatz-kremsner-wegen-falschaussage/401056368>

Eine offizielle Stellungnahme des Aufsichtsrats sowie des Finanzministers Gernot Blümel zu dieser Angelegenheit blieb bisher aus. Im Rahmen des Budgetausschusses am 16.06.2020 kündigte Minister Blümel lediglich an, dass sich der Aufsichtsrat der ÖBAG in seiner nächsten Sitzung am 22.06.2020 wohl mit dieser Causa befassen werde.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Abberufung des ÖBAG-Vorstandes Thomas Schmid in die Wege zu leiten."



